

Finanzausgleich - mehr als nur eine Geldverteilmaschine



«Die Schere zwischen den Gemeinden in Bezug auf die Steuerkraft geht immer weiter auseinander.»

Thomas Lorenz, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li

Als wir von der Stiftung Zukunft.li in der letzten Woche unsere erste Publikation vorgestellt haben, wurde uns da und dort die Frage gestellt: «Warum gerade der Finanzausgleich? Was hat dieses Thema mit einer nachhaltigen Entwicklung des Landes zu tun?» Wir sind der Überzeugung, dass die Art und Weise, wie die Frage der Finanzierung der beiden Staatsebenen Land und Gemeinden gelöst wird, nicht nur finanzpolitische, sondern auch relevante gesellschaftspolitische Wirkungen entfaltet.

Der finanzpolitische Aspekt scheint offensichtlich. Land und Gemeinden erfüllen beide öffentliche Aufgaben und müssen mit den dafür notwendigen Finanzmitteln ausgestattet werden. Aber gerade hier wirft ein genauerer Blick bereits erste Fragen auf. Möchten wir, dass sich die Gemeinden möglichst mit eigenen Steuereinnahmen finanzieren oder nehmen wir eine starke Abhängigkeit vom Land durch hohe Finanzausgleichszahlungen bewusst in Kauf?

Eines scheint klar zu sein: Je stärker Aufgaben durch die eigene Finanzkraft finanziert werden, desto grösser ist das Interesse an einer effizienten Lösung. Das gilt für den privaten, den unternehmerischen wie für den öffentlichen Bereich gleichermaßen.

Breite Meinungsvielfalt

Die ersten Reaktionen auf die Studie zeigen ein äusserst interessantes und breit gefächertes Bild. Da wird zum Beispiel die Meinung vertreten, dass sich das Land gänzlich aus der Finanzierung der Gemeindeaufgaben heraushalten soll und die Gemeinden zusammen in eigener Verantwortung Lösungen für ihre Finanzierung suchen. Impulsartig wird mehrfach auch die Frage der Notwendigkeit von 11 Gemeindeverwaltungen, 11 Feuerwehren, usw. aufgeworfen. Andere wiederum sprechen sich klar für eine hohe Autonomie der Gemeinden aus und möchten, dass die Gemeinden so wenig wie möglich am «Tropf» des Landes hängen.

Kopfschüttelnd äusserte ein Gesprächspartner sein Unverständnis

darüber, dass das Land Sparpaket um Sparpaket schnüren müsse, während die Gemeinden Überschüsse schreiben würden. Und eine Person meinte, dass doch die Balzner auch etwas davon hätten, was in Schellenberg passiere, das kleine Land eine Einheit bilde und deshalb das heutige System doch nicht so schlecht sein könne. Allein diese kleine Auswahl an geäusserten Meinungen zeigt, wie vielschichtig sich der Finanzausgleich und damit verknüpfte Fragestellungen darstellen. Deshalb lohnt es sich, die direkten und indirekten Wirkungen, die der Finanzausgleich entfaltet, einmal näher zu betrachten.

Frühzeitig reagieren

Die Studie der Stiftung Zukunft.li beleuchtet verschiedene Aspekte, die zu einer vertieften Auseinandersetzung und Analyse anregen sollen. Damit möchte die Stiftung auf die Bedeutung und Aktualität der Thematik in einem Gesamtkontext hinweisen und Impulsgeber für eine öffentliche Debatte sein. Es ist offensichtlich, dass die Schere zwischen den Gemeinden in Bezug auf die Steuerkraft immer weiter auseinandergeht. Das ist aber nicht gottgegeben, sondern nicht zuletzt eine Folge des heutigen Systems mit teilweise eher unflexiblen Regelungen. Vor diesem Hintergrund sollten wir das Thema nicht auf die lange Bank schieben und dadurch in Kauf nehmen, dass die noch zunehmenden finanziellen Unterschiede zwischen den Gemeinden über kurz oder lang zu einer Unzufriedenheit mit dem heutigen System führen.

Es ist durchaus nachvollziehbar, dass die Thematik nicht zuoberst auf der tagespolitischen Agenda steht. Allerdings zeichnet sich eine gute Politik auch dadurch aus, dass versucht wird, mögliche Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und vorausschauend entsprechende Massnahmen einzuleiten. Dies gerade auch deswegen, weil die Masseinheit für die Umsetzung von grösseren politischen Projekten Jahre und nicht Monate sind.

KOMMENTAR



Stephan Agnolazza, Chefredaktor

Wenn nur die Realität nicht wäre ...

Wenn man an den letzten Wochenenden durch Schweizer Städte schlenderte, so war die Wahrscheinlichkeit einigermaßen hoch, von Unterschriftensammlern der SP Schweiz angesprochen zu werden. «Grüezi, möchte si s' Referendum gege d' Unternehmensstür unterschreiben?», wurde man freundlich gefragt. Auf dem Papier stehend dann Sätze wie «Statt den öffentlichen Finanzen Sorge zu tragen, hat das Parlament neue Privilegien für Konzerne und Aktionäre sowie tiefere Steuern für Unternehmen beschlossen.» Und weiter: «Von dieser einseitigen Reform profitieren nur Unternehmensbesitzer. Die Milliarden-Rechnung für diese masslose Vorlage bezahlen wir alle!» Das klingt ja ganz schön bedrohlich.

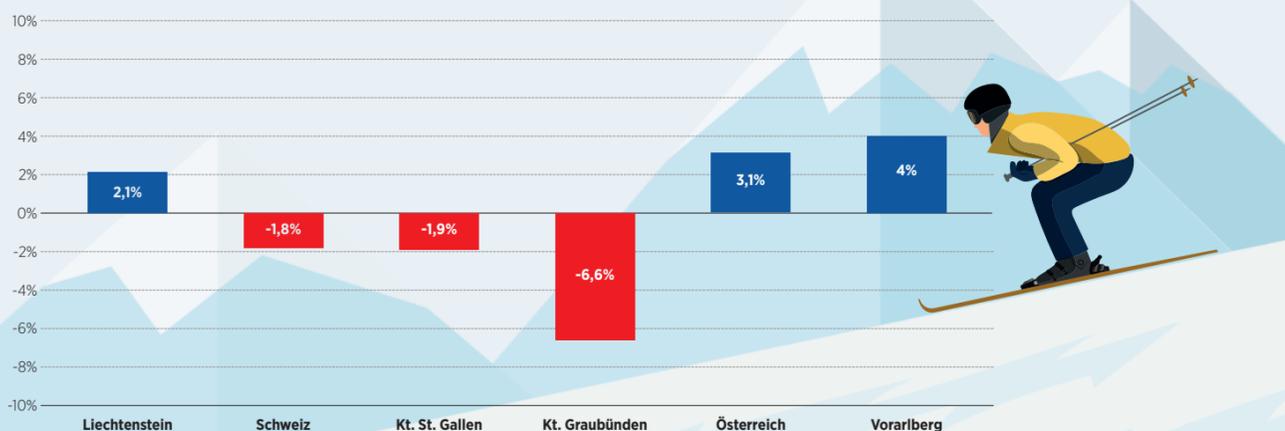
Doch wie so oft entpuppen sich diese Sätze vor allem als leere Worthülsen. Die Unternehmenssteuerreform wurde wegen des internationalen Drucks auf die Steuerprivilegien unumgänglich. Das müsste die linken Vertreter des Komitees (also praktisch alle) eigentlich freuen. Schliesslich wird genau seit Jahren von dieser politischen Kaste das gefordert: Die Schweiz soll Steuerprivilegien für Firmen mit steuerlichem Sonderstatus abschaffen. Jetzt hat das Parlament – wie soll es anders sein – einen gut schweizerischen Kompromiss gefunden. Doch wer sammelt jetzt Unterschriften?

Das entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Es wurden nicht «massig Steuergeschenke für die reichen Aktionäre und die skrupellosen Firmen gemacht», wie die Unterschriftensammler suggerieren. Stattdessen wurde genau das umgesetzt, was die SP schon lange fordert. Einfach auf ausländischen Druck. Jetzt landet die besagte SP auf dem harten Boden der Realität – und sammelt Unterschriften gegen ihre eigenen ursprünglichen Forderungen. Die Realität passt halt nicht immer zur politischen Ideologie.

sagnolazza@medienhaus.li

CHART DER WOCHE

Tourismus Logiernächte in Liechtenstein Wintersaison 2015/2016



Wirtschaftsregional Infografik: Katharina Hasler, Quelle: Amt für Statistik

IMPRESSUM:

Herausgeber: Vaduzer Medienhaus AG
Geschäftsführer: Daniel Bargetze
Chefredaktor: Stephan Agnolazza (ags)
Redaktion: Dorothea Wurmbbrand-Stuppach (dws), Melanie Steiger (ms), Jeremias Büchel (jeb)
Redaktionsassistent: Jennifer Cuñarro
Fotojournalisten: Daniel Schwendener, Daniel Ospelt
Marketing/Verkauf: Patrick Flammer (Leiter), Tristan Gabathuler, Kerstin Mühlebach (Innendienst)
Abonnementdienst: Susanne Hehli
Druck: Samedia Partner AG, 9469 Haag

Adressen: Vaduzer Medienhaus AG, Lova Center, Postfach 884, 9490 Vaduz, Tel. +423 236 16 16, Fax +423 236 16 17. Redaktion: Tel. +423 236 16 35; E-Mail: redaktion@wirtschaftsregional.li; Inserate: Tel. +423 236 16 63, Fax +423 236 16 69, E-Mail: Inserate@wirtschaftsregional.li; Abonnementdienst: Tel. +423 236 16 61, E-Mail: abo@wirtschaftsregional.li, www.wirtschaftsregional.li